

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 24

9. März

1915

Bekanntmachung

über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation.

Vom 25. Februar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Preis für die Tonne inländischer Futter- oder Feldkartoffeln darf beim Verkauft durch den Produzenten nicht übersteigen:

im ersten Preisgebiete, nämlich in den preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, in den Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz 46,00 Mark;

im zweiten Preisgebiete, nämlich in der preussischen Provinz Sachsen, im Kreise Herrschaft Schmalkalden, im Königreiche Sachsen, im Großherzogtum Sachsen ohne die Enklave Othheim a. Rhön, im Kreise Blankenburg, im Amte Calbörbe, in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha ohne die Enklave Königsberg i. Fr., Anhalt, in den Fürstentümern Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß a. L., Reuß i. L. 47,50 Mark;

im dritten Preisgebiete, nämlich in den preussischen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, ohne den Regierungsbezirk Münster und den Kreis Reddinghausen, im Kreise Grafschaft Schaumburg, im Großherzogtum Oldenburg ohne das Fürstentum Birkenfeld, im Herzogtum Braunschweig ohne den Kreis Blankenburg und das Amt Calbörbe, in den Fürstentümern Schaumburg-Lippe, Lippe, in Völsch, Bremen, Hamburg 49,00 Mark;

im vierten Preisgebiete, nämlich in den übrigen Teilen des Deutschen Reichs 50,50 Mark.

Dem Produzenten gleich steht jeder, der Kartoffeln verläuft, ohne sich vor dem 1. August 1914 gewerbmäßig mit dem An- und Verlaufe von Kartoffeln befassen zu haben.

Der Höchstpreis eines Preisgebiets gilt für die in diesem Gebiete produzierten Kartoffeln.

Die Höchstpreise gelten nicht für Verkäufe, die eine Tonne nicht übersteigen.

§ 2. Der Preis für Erzeugnisse der inländischen Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation darf beim Verkauft durch den Trockner oder Stärkefabrikanten nicht übersteigen für den Doppelzentner

Kartoffelstoden 35,00 Mark,
Kartoffelschnitzel 33,75 Mark,
Kartoffelwalzmehl 39,00 Mark,
trockene Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl 48,00 Mark.

Bei allen weiteren Verkäufen darf der Preis nicht übersteigen für den Doppelzentner

	Kartoffelstoden Mark	Kartoffelschnitzel Mark	Kartoffelwalzmehl Mark	trockene Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl Mark
in der preussischen Provinz Ostpreußen	35,80	34,55	39,80	48,30
in den übrigen Teilen des ersten Preisgebiets	36,80	35,55	40,80	49,30
im zweiten Preisgebiete	37,80	36,05	41,30	49,80
im dritten Preisgebiete	37,80	36,55	41,80	50,30
im vierten Preisgebiete	38,30	37,05	42,30	50,80

Bei Verkäufen von Kartoffelstoden und Kartoffelschnitzeln, die fünf Tonnen nicht übersteigen, und bei Verkäufen von Kartoffelwalzmehl, trockener Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl, die eine Tonne nicht übersteigen, erhöhen sich die Höchstpreise im Abs. 2 um eine Mark für den Doppelzentner. Bei Verkäufen, die fünf Kilogramm nicht übersteigen, gelten die Höchstpreise nicht.

Ein nach den Absätzen 2 oder 3 in einem Preisgebiete bestehender Höchstpreis gilt für die Erzeugnisse, die in diesem Gebiet abzunehmen sind.

Der Reichskanzler kann für Kartoffelwalzmehl, das nur bis zu sechzig vom Hundert durchgemahlen ist, eine Preiserhöhung bis zu einer Mark für den Doppelzentner gestatten.

§ 3. Die Höchstpreise (§ 1 und § 2) gelten für Lieferung ohne Sack, bei Kartoffelwalzmehl, trockener Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl für Lieferung mit Sack.

Sie gelten für Barzahlung bei Empfang. Wird der Kaufpreis gestundet, so dürfen bei den Höchstpreisen nach § 1 und § 2 Absatz 1 bis zu zwei, bei den Höchstpreisen nach § 2 Absatz 2 bis zu eins, bei den Höchstpreisen nach § 2 Absatz 3 bis zu drei vom Hundert Zehntelzinsen über Reichsbankdiskont hinzugeschlagen werden.

§ 4. Die Höchstpreise nach § 1 und § 2 Absatz 1 schließen die Kosten des Transports bis zum nächsten Güterbahnhofe, bei Wassertransport bis zur nächsten Anlegestelle des Schiffes oder Rahnes, sowie die Kosten der Verladung ein.

Die Höchstpreise nach § 2 Absatz 2 schließen die Kosten des Transports bis zum Bahnhof des Ortes ein, wo die Ware abzunehmen ist.

Die Höchstpreise nach § 2 Absatz 3 gelten ab Lager.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Die Bekanntmachungen über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 11. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 506) und vom 11. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 15) werden aufgehoben.

Berlin, den 25. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Deßbrück.

Bekanntmachung

über die Regelung des Abfahrs von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation.

Vom 25. Februar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Erzeugnisse der landwirtschaftlichen oder gewerblichen Kartoffeltrocknerei herstellt oder durch andere herstellen läßt (Trockner), ist bis zum 30. September 1915 verpflichtet, seine gesamten Erzeugnisse einschließlich der Bestände an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin auf deren Anweisung zu liefern.

Die Herstellung dieser Erzeugnisse in Lohn ist nur mit Genehmigung der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. gestattet.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 gelten nicht für Erzeugnisse oder Bestände, die

1. im eignen Wirtschaftsbetriebe des Herstellers, bei Genossenschaften oder Gesellschaften im Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder verwendet werden,
2. zur Erfüllung eines mit einer Behörde geschlossenen Lieferungs- oder Abnahmevertrages erforderlich sind.

§ 3. Jeder Trockner ist berechtigt, der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. unter den Bedingungen des Gesellschaftsvertrages beizutreten.

§ 4. Hinsichtlich der Verwertung der gelieferten Erzeugnisse durch die Gesellschaft unterliegt der Trockner, der von dem Rechte, Gesellschafter zu werden, keinen Gebrauch gemacht hat, denselben Bedingungen wie die Gesellschafter mit der Maßgabe, daß über Rechtsstreitigkeiten zwischen ihm und der Gesellschaft die ordentlichen Gerichte entscheiden.

§ 5. Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei im Sinne dieser Verordnung sind:

- a) Kartoffeltrockenschnitzel und -krümel,
- b) Kartoffelstoden,
- c) Kartoffelwalzmehl.

Streitigkeiten darüber, ob ein Erzeugnis der Kartoffeltrocknerei zu den unter a bis c aufgeführten Gegenständen gehört, entscheidet der Reichskanzler.

§ 6. Wer Kartoffelstärke oder Kartoffelstärkemehl herstellt oder durch andere herstellen läßt, ist bis zum 30. September 1915 verpflichtet, seine gesamten Erzeugnisse einschließlich der Bestände an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. auf deren Anweisung zu liefern.

Der Reichskanzler setzt die Bedingungen fest.

§ 7. Die Vorschriften des § 6 gelten nicht für Erzeugnisse oder Bestände, die

1. für den Hausbedarf des Herstellers oder seiner Angestellten verwendet werden,
2. zur Erfüllung eines mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsvertrages erforderlich sind.

§ 8. Die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. hat die Erzeugnisse und Bestände (§§ 1 und 6) abzunehmen.

§ 9. Die zuständige Behörde kann auf Antrag der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. ihr oder einem von ihr bezeichneten Trockner (§ 1) oder Stärkehersteller (§ 6) das Eigentum an frischen Kartoffeln übereignen, auch soweit für sie Höchstpreise nicht festgesetzt sind. Bei diesen Kartoffeln tritt an Stelle des Höchstpreises der Kartoffelpreis von neunzehn Pfennigen für das Stärkeprozent.

Bei Kartoffeln, für die Höchstpreise festgesetzt sind, wird der Uebnahmepreis unter Berücksichtigung des Höchstpreises sowie

der Güte und Verwertbarkeit der Kartoffeln von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festsetzt.

§ 10. Kartoffeln, Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei, Kartoffelkörbe oder Kartoffelstärkemehl dürfen zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse, wie insbesondere Dextrin, Glukose, löslicher Stärke, nur mit Einwilligung der Trocknartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. verwendet werden.

§ 11. Die Trocknartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

§ 12. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 13. Mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark wird bestraft:

1. wer der nach § 1 oder § 6 bestehenden Lieferungsspflicht nicht nachkommt,

2. wer der Vorschrift des § 10 zuwiderhandelt,

3. wer wesentlich Erzeugnisse, die dem Verbote des § 10 zuwider hergestellt sind, in seinem Gewerbebetriebe verwendet, verkauft, feilbietet oder sonst in den Verkehr bringt.

§ 14. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Die Bekanntmachung, betreffend Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei, vom 5. November 1914 (Reichsgesetzblatt Seite 471) wird aufgehoben.

Berlin, den 25. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Bekanntmachung

Über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation.

Vom 2. März 1915.

Zuständige Behörde im Sinne von § 9 der Verordnung des Bundesrats vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 118) ist das Großh. Kreisamt desjenigen Kreises, in dem die zu überweisenden frischen Kartoffeln aufbewahrt werden.

Darmstadt, den 2. März 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Somboldt.

Prämer.

Bekanntmachung

Mit Beziehung auf die durch den „Reichsanzeiger“ vom 17. Februar 1915 erfolgte Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 16. Februar 1915, betreffend die Abgabe von 30 000 t Hafer an die Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung, Berlin W. 66, Leipziger Straße 4, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anträge auf Ueberlassung von Hafer zur Befriedigung dringender Bedürfnisse der genannten Zentralfstelle von den einzelnen privaten Pferdehaltern nicht unmittelbar, sondern durch Vermittlung der zuständigen Kommunalbehörde vorzulegen sind.

Berlin, den 23. Februar 1915.

Königlich Preussisches Kriegsministerium.

Wibb von Hohenborn.

Bekanntmachung.

Durch die Bekanntmachung vom 24. Februar 1915, betreffend die Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln sowie von ärztlichen Instrumenten und Geräten sind in Abänderung der Bekanntmachung vom 24. Dezember 1914 (Reichsanzeiger Nr. 303) nachstehende Arzneimittel und Geräteeile neu dem Verbot unterstellt:

Cascara Sagrada und ihre Zubereitungen, Folliculi Sennae, Hexamethylentetramin (Urotropin, Formin, Aminoform usw.), Rhizoma Hydrastis canadensis und ihre Zubereitungen, Sonnenblätter (Folia Sennae), Styrag, roher oder gereinigter, Teile von Fieberthermometern.

Berlin, den 24. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:

Delbrück.

XVIII. Armeekorps

Stellvertretendes Generalkommando

Abt. VIa, IIIb. T. Nr. 3590/1695.

Frankfurt a. M., den 26. Febr. 1915.

Betr.: Zurückstellung von Privataufträgen hinter Aufträge der Heeresverwaltung.

Bekanntmachung.

Meine am 13. November 1914 erlassene Verordnung, betr. das Verbot der Befriedigung von Privataufträgen vor Aufträgen der Heeresverwaltung (IIIb Nr. 40 740/3229) erweitere ich dahin: Die Befriedigung von Privataufträgen unter Zurückstellung von Aufträgen der Heeres- und der Marineverwaltung ist verboten.

Zuwiderhandlungen werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu 1 Jahre bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

XVIII. Armeekorps

Stellvertretendes Generalkommando

Abt. III b. T. Nr. 3759/1819.

Frankfurt a. M., den 26. Februar 1915.

Betr.: Anbieten von Waren usw. zum Besten der Kriegsfürsorge.

Verordnung.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 ordne ich für den mir unterstellten Bereich des 18. Armeekorps an:

Privatpersonen ist es verboten, ohne Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde Postkarten sowie überhaupt Waren aller Art, gewerbliche Leistungen oder Darbietungen (auch theatrale und musikalische) mit dem Hinweis darauf anzubieten, zu verkaufen oder anzukündigen, daß der Ertrag ganz oder teilweise zum Besten einer für Kriegszwecke geschaffenen Wohltätigkeits Einrichtung bestimmt sei.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis 60 M. oder verhältnismäßiger Haft bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall

General der Infanterie.

XVIII. Armeekorps

Stellvertretendes Generalkommando

Abt. V, III b. T. Nr. 1317/1796.

Frankfurt a. M., den 27. Februar 1915.

Betr.: Beforgung von Briefschaften der Kriegsgefangenen durch Privatpersonen.

Verordnung.

Auf Grund der §§ 1 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 ordne ich an:

Privatpersonen ist es verboten, Briefschaften von Kriegsgefangenen oder an Kriegsgefangene in Empfang zu nehmen oder zu beorgen.

Unter Kriegsgefangenen sind alle Militär- und Zivilgefangenen zu verstehen, gleichgültig, ob sie sich in den Kriegsgefangenenlagern selbst, in Lazaretten oder an einer Arbeitsstelle befinden.

Zuwiderhandlungen werden nach § 9 des vorgenannten Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall

General der Infanterie.

XVIII. Armeekorps

Stellvertretendes Generalkommando

Abt. II c/B. T. Nr. 1228.

Frankfurt a. M., den 28. Februar 1915.

Betr.: Beschlagnahme der Wolle.

Beschlagnahme.

Nachstehende Verfügung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß jede Uebertretung, sowie jedes Anreizen zur Uebertretung der erlassenen Vorschrift bestraft wird.

Das Wollgefälle der deutschen Schaffschur 1914/15, gleichviel, ob sich dasselbe bei den Schafhaltern, an sonstigen Stellen, oder noch auf den Schafen befindet, sowie das Wollgefälle bei den deutschen Verberern wird von heute ab für die Zwecke der Heeresverwaltung in vollem Umfang beschlagnahmt und der Weiterverkauf verboten. Desgleichen ist verboten jedes andere Rechtsgeschäft, welches eine Veräußerung des Wollgefälles zur Folge hat. Verboten ist außerdem das Scheren der Schafe zu einer früheren, als der in anderen Jahren üblichen Zeit. Die Wolle hat an dem Orte zu verbleiben, wo sie sich im Augenblick dieser Beschlagnahme-Verfügung befindet.

Soweit sich die Wolle am Tage der Bekanntmachung bereits in den Betrieben und eigenen oder gemieteten Lagerräumen von Fabrikanten, die Heereslieferungen auszuführen haben, befindet, ist die Weiterverarbeitung gestattet, sofern die Wolle nachweislich zu Heereslieferungen verarbeitet wird.

Vorschriften über die Verwendung der beschlagnahmten Wollbestände erfolgen in kurzer Zeit durch das Königlich Preussische Kriegsministerium und werden öffentlich bekannt gemacht.

Stellvertretendes Generalkommando

18. Armeekorps.

Bekanntmachung.

Die nachstehenden Bekanntmachungen Großh. Ministeriums des Innern bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 6. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ullinger.

Bekanntmachung

Über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation.

Vom 4. März 1915.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 3. H. Mz. bestimmen wir als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von § 9

Wah 2 der Verordnung des Bundesrats vom 25. Februar 1915
(Reichs-Gesetzbl. S. 118) den Kreisausssch.

Darmstadt, den 4. März 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung

Über das Vermischen von Mehl mit anderen Gegenständen.

Vom 4. März 1915.

Auf Grund von § 1 der Verordnung des Bundesrats vom 19. Dezember 1914 über das Vermischen von Mehl mit anderen Gegenständen (Reichs-Gesetzbl. S. 534) und im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 9. Januar 1915 (Darmstädter Zeitung Nr. 10) bestimmen wir, daß Roggen- oder Weizenkleie, die mit Gerstenkleie vermischt ist, in Verkehr gebracht werden darf.

Darmstadt, den 4. März 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung.

Betr.: Anbieten von Waren pp. zum Besten der Kriegsfürsorge.

Die nachstehende Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armeekorps zu Frankfurt a. M. vom 26. Febr. 1915 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 6. März 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nbt. III b. T. Nr. 3759/1619.

Frankfurt a. M., den 26. Febr. 1915.

Betr.: Anbieten von Waren pp. zum Besten der Kriegsfürsorge.

Verordnung.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 ordne ich für den mir unterstellten Bereich des 18. Armeekorps an:

Privatpersonen ist es verboten, ohne Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde Postkarten, sowie überhaupt Waren aller Art, gewerbliche Leistungen oder Darbietungen (auch theatrale und musikalische) mit dem Hinweis darauf anzubieten, zu verkaufen oder anzuhändigen, daß der Ertrag ganz oder teilweise zum Besten einer für Kriegszwecke geschaffenen Wohltätigkeits-Einrichtung bestimmt sei.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis 60 Mark oder verhältnismäßiger Haft bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Betr.: Zurückstellung von Privataufträgen hinter Aufträge der Heeresverwaltung.

Die nachstehenden Bekanntmachungen des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armeekorps in Frankfurt a. M. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 6. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nbt. III b. T. Nr. 40 740/3229.

Frankfurt a. M., den 13. Nov. 1914.

Es sind Klagen darüber erhoben worden, daß die zu Lieferungen für die Heeresverwaltung verpflichteten Fabrikanten von ihrer Privatfundschaft, sogar unter Klageandrohung, zur Erfüllung der dieser gegenüber übernommenen Lieferungsverpflichtungen in einer Weise gedrängt werden, daß das Interesse der Heeresverwaltung darunter leidet.

Die Privatfundschaft der Heereslieferanten wird darauf hingewiesen, daß ein solches Verhalten nicht nur in höchstem Grade unpatriotisch, sondern auch unter Umständen nach den §§ 329, 48 R. St. G. B., welche die nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung von Lieferungsverträgen für Heeresbedürfnisse im Kriege, sowie die Anstiftung dazu mit Gefängnisstrafe bedrohen, strafbar ist. Zur Wahrung der Interessen der Landesverteidigung verordne ich gleichzeitig:

Die Befriedigung von Privataufträgen unter Zurückstellung von Aufträgen der Heeresverwaltung ist verboten.

Zu widerhandlungen werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nbt. VI a, III b. T. Nr. 3590/1695.

Frankfurt a. M., den 26. Febr. 1915.

Betr.: Zurückstellung von Privataufträgen hinter Aufträge der Heeresverwaltung.

Bekanntmachung.

Meine am 13. November 1914 erlassene Verordnung, betr. das Verbot der Befriedigung von Privataufträgen vor Aufträgen der Heeresverwaltung (III b. Nr. 40 740/3229) erweitere ich dahin:

Die Befriedigung von Privataufträgen unter Zurückstellung von Aufträgen der Heeres- und der Marineverwaltung ist verboten.

Zu widerhandlungen werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nbt.: II c. T. Nr. 41 995.

Frankfurt a. M., den 14. Nov. 1914.

Alle Versteigerungen von Häuten und Fellen sind bis auf weiteres verboten.

Der Kommandierende General:

gez. Freiherr von Gall.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Regelung des Mehlverbrauchs in den Landgemeinden des Kreises.

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen nach § 4 Abs. 4 a der Bundesratsverordnung vom 27. Januar 1915 zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft einschließlich der Auszügler sowie des Gefindes für die Zeit vom 1. März 1915 bis 15. August 1915 zurückbehalten:

	für 1	für 2	für 3	für 4	für 5	für 6	für 7	für 8	für 9	für 10
Person Verl. Verl. Verl. Verl. Verl. Verl. Verl. Verl. Verl. Verl.										
Brot- getreide	49,5	99	148,5	198	247,5	297	346,5	396	445,5	495
oder										
Mehl	39,6	79,2	118,8	158,4	198	237,6	277,2	316,8	356,4	396

Den Betriebsunternehmern wird hiermit empfohlen, diejenigen Quantitäten, bezüglich deren sie nach vorstehender Aussonderung berechtigt sind, unter Abzug des vom 1. März ab bis zum Tag der Aussonderung verbrauchten Quantums, d. i. pro Tag und Person 300 gr Getreide oder 240 gr Mehl, als bald von ihren übrigen Vorräten abzusondern.

Es wird ohne weiteres angenommen, daß die Betriebsunternehmer zunächst das Mehl, das sie besitzen, für sich zurückbehalten. Was ihnen an Mehl nach erfolgter Aussonderung noch übrig bleibt, ist bereits zugunsten des Kommunalverbands, soweit Roggenmehl in Betracht kommt, dem Kommunalverband auch schon übereignet.

Damit die Uebernahme des Roggenmehls nach demnächst eintretender Ueberreignung auch diejenige des Weizenmehls gegen Bezahlung in das Eigentum des Kommunalverbandes (Kreises) übergeführt werden kann, werden die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe hiermit aufgefordert, bis spätestens zum 15. I. Mts. der zuständigen Bürgermeisterei anzuzeigen, wieviel Mehl, getrennt nach Roggen- und Weizenmehl, sie noch übrig haben. Die zuständige Bürgermeisterei wird alsdann das Erforderliche veranlassen.

Nicht das sich im Besitz eines landwirtschaftlichen Betriebsunternehmers befindliche Mehl zur Deckung seines Bedarfs für die Zeit bis zum 15. August l. J. nicht aus, so hat er das fehlende durch Aussonderung von Brotgetreide, das sich noch in seinem Besitz und Gewahrsam befindet, zu decken. Für das am Mehl fehlende darf $\frac{1}{10}$ mehr an Brotgetreide einbehalten werden. Hier ein Beispiel:

Eine Familie von 6 Personen darf nach der vorstehenden Tabelle 237,6 kg Mehl aussondern. Sie verfügt aber nur noch über 100 kg. Um sich die fehlenden 137,6 kg Mehl zu verschaffen, muß sie noch 165,1 kg Brotgetreide ($137,6 + 27,5$ [d. i. $\frac{1}{10}$ von 137,6]) vermahlen lassen.

Selbstverständlich ist, daß diejenigen Betriebsunternehmer, die kein Mehl besitzen, das nach der vorstehenden Tabelle für die Ernährung ihres Haushalts entfallende Brotgetreide nicht nur aussondern, sondern auch nach und nach vermahlen lassen dürfen. Moltern darf hierbei nicht mehr stattfinden. Es hat vielmehr Zahlung des Mahlohnes einzutreten, da das Mehl, das der Müller durch das Moltern erhalten würde, aber schon erhalten hat, dem Verzehrer entzogen ist, ihm also später fehlt und ihm nachträglich nicht ersetzt wird.

Den Betriebsunternehmern wird außerdem hiermit bekannt gegeben, daß der von der Kriegsgetreidegesellschaft für den Kreis bestellte Kommissär in Kürze mit der Ueberführung der beschlagnahmten Roggen- und Weizenvorräte in Eigentum der Kriegs-

getreidegesellschaft m. b. H. beginnen wird. Sie haben also persönlich alles Interesse daran, daß nach vorstehendem Erforderliche alsbald zu tun.

Gießen, den 4. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Wie oben.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf die vorstehende Bekanntmachung empfehlen wir Ihnen, die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe in geeigneter Weise aufzufordern, die Aussonderung ihres Bedarfs an Brotgetreide oder Mehl entsprechend dem dort Gesagten sofort vorzunehmen und ihnen bis zum 18. I. Mts. die erforderlichen Angaben über ihre eventuellen Restbestände an Mehl zu machen. Die Ihnen hiernach gemeldeten Bestände sind von Ihnen in eine Liste, in der die Namen der Betriebsunternehmer und die Restbestände an Mehl (getrennt nach Roggen- und Weizenmehl) einzutragen. Die Listen sind uns bis zum 20. I. Mts. vorzulegen.

Wer mehr zurückbehält, als erlaubt ist, macht sich ebenso strafbar, wie derjenige, welcher die ihm noch verbliebenen Bestände unzutreffend angibt. Sie wollen dies den Betriebsunternehmern gleichfalls bekannt geben und möglichst auch eine Kontrolle dahin ausüben, daß von den erlgenannten nicht mehr als zulässig zurückgehalten wird. Wir werden von Zeit zu Zeit die Restbestände nachkontrollieren lassen.

Gießen, den 4. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Durchstellungsgesuche; öffentliche und freiwillige Hilfstätigkeit.

Den mobilen Truppenkommandos im Felde gehen täglich eine Anzahl von Gesuchen zu, die mit der Begründung einer wirtschaftlichen Notlage die Beurteilung oder gar Befreiung von Soldaten vom Kriegsdienst anstreben. Aus militärischen Gründen kann solchen Gesuchen nur in sehr vereinzelten Fällen entsprochen werden.

Abgesehen davon, daß die an das mobile Kommando direkt gerichteten Gesuche meist ihren Zweck verfehlen, sind sie angesichts der vielfach übertriebenen Schilderung vorhandener wirtschaftlicher Notstände geeignet, falsche Vorstellungen über die durchaus geordneten Verhältnisse in der Heimat hervorzurufen und hiermit Unruhe in die Heilarmee zu tragen.

Derartige Gesuche sind nicht an die mobilen Kommandos, sondern nur an das stellvertretende Generalkommando zu richten. Dieser einzuschlagende Weg hat für den Gesuchsteller den wesentlichen Vorteil, daß von hier aus durch Befragung der lokalen Instanzen jedes Gesuch auf seine Dringlichkeit sorgfältig geprüft und in wirklichen Notfällen eine Beurteilung oder Befreiung zu einem Ersatztruppenteil bei dem mobilen Korps befürwortet werden kann. Ein wahrhaft dringliches Gesuch hat also nach dem Vorgelegten weit mehr Aussicht auf Genehmigung, als ein direkt an das mobile Korps gerichtetes.

Notwendig ist auch, daß in Feldpostbriefen alle übertriebenen Schilderungen angeblicher wirtschaftlicher Notstände in der Heimat vermieden werden. Abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen, die in jedem Kriege unvermeidlich sind, ist dank der glänzenden finanziellen Kriegsbereitschaft, der außergewöhnlichen Organisationsgabe des deutschen Volkes und nicht in letzter Linie der bewundernswerten Anpassungsfähigkeit der Industrie unsere wirtschaftliche Lage im Vergleich mit der Wirtschaftslage der anderen kriegsführenden Nationen eine ungewöhnlich günstige. Grund zu irgendwelcher Beforgnis ist daher nicht gegeben. Derart übertriebene Schilderungen einzelner Notfälle, die meist auch verallgemeinert werden, sind aber geeignet, die draußen im Felde stehenden Leute zu beunruhigen und ihnen die zuverlässige Ruhe und Sicherheit zu nehmen, die unbedingt zu einem standhaften Durchhalten notwendig ist.

Gießen, den 4. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Auf obige Bekanntmachung weisen wir besonders hin und empfehlen Ihnen, sie in geeigneter Weise in den Gemeinden bekannt zu geben.

An die Mühlenbesitzer des Kreises.

Betr.: Das Verbot des Molkerns.

Wir machen Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß nach den Vorschriften der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 das Molkern nicht mehr gestattet ist. Denn nach § 4 Abs. 4 dieser Verordnung dürfen die den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe belassenen Vorräte an Getreide nur in deren eigenem Wirt-

schaftsbetriebe verwendet, nicht aber zum Teil an andere außerhalb des Betriebes stehende Personen, mithin auch nicht an die Mäcker abgegeben werden.

Gießen, den 7. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Portofreiheit für Postsendungen aus Anlaß der militärischen Vorbereitung der Jugend.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Nach Verfügung Großh. Ministeriums des Innern gelten folgende Bestimmungen in obiger Sache:

Voraussetzung der Portofreiheit ist

1. Daß es sich um Postsendungen handelt, die aus Anlaß der militärischen Vorbereitung der Jugend von Ihnen oder einem örtlichen Vertrauensmann, oder sonst in offizieller Stellung in der Organisation Tätigen verschickt werden,

2. daß die Sendungen mit der Bezeichnung „Heeresache“ versehen werden,

3. daß die Sendungen mit Ihrem amtlichen Siegel versehen sind und durch Sie zur Post aufgegeben werden.

Das Dienstsiegel ist erst aufzulegen, wenn Sie sich davon überzeugt haben, daß das zu versendende Schriftstück die obige Angelegenheit betrifft. Deshalb sind die Schriftstücke unvergeschlossen einzuliefern. Die Abgabe unausgefüllter, „mit dem Dienstsiegel vorher versehener Briefumschläge und Balcetadressen“ ist untersagt.

Sie wollen den unter Biffer 1 bezeichneten Personen von Vorstehendem Kenntnis geben.

Gießen, den 5. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Verzeichnis der in der Gemeinde vorhandenen Pferde.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Mit nächster Post lassen wir Ihnen die Pferde-Vorführungslisten zur Aufbewahrung in Ihrer Registratur zugehen.

Gießen, den 5. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Beurteilung von Schulkindern während der Frühjahrsbestellung.

An die Schulvorstände des Kreises.

Da sich in der Zeit der Frühjahrsbestellung und demnach auch bei anderen landwirtschaftlichen Arbeiten ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften für die Landwirtschaft zeigen wird, werden Sie hiernit angewiesen, begründete Urlaubsgesuche für diese Zwecke zu genehmigen. Laut Ministerialverfügung vom 25. II. 1915 sind bei der Behandlung derartiger Gesuche die Ihre Befugnis zur Urlaubserteilung beschränkenden Bestimmungen des Art. 24 des Volksschulgesetzes und des § 10 der Instruction für die Schulvorstände nicht in Anwendung zu bringen. Sollten die Verhältnisse das Schließen einer Schule vorübergehend nötig machen, so wollen Sie uns unter eingehender Begründung rechtzeitig Vorlage machen, damit von unserer Seite das Erforderliche veranlaßt werden kann.

Gießen, 4. März 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben.

An die Schulvorstände der Landgemeinden des Kreises.

Die Verzeichnisse der gewerblich tätigen Kinder sind bis spätestens 1. Mai l. Js. hierher einzureichen.

Bur Erleichterung der Prüfung dieser Verzeichnisse wird er sucht, bei deren Aufstellung gedruckte Formulare, die bei Wilhelm Klee in Gießen zu haben sind, zu benutzen.

Wir erwarten pünktliche Einfindung der Verzeichnisse.

Gießen, den 6. März 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Anzeigepflicht für die Influenza der Pferde; Wer in dem Gehöfte des Gastwirts J. B. zu Grünberg, In dem Gehöfte des Gastwirts J. B. zu Grünberg ist Pferdeinfluenza festgestellt worden.

Gießen, den 4. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausbruch der Influenza bei einem Pferde des Balthasar Pieffer in Großen-Busef.

In dem Gehöfte des Balthasar Pieffer in Großen-Busef ist Pferdeinfluenza festgestellt worden.

Gießen, den 8. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Hemmerde.